

# Die graphische Presse

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Wachstuch- und Tapetendrucker und verwandte Berufe

## Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

## Redaktion:

Paul Barthel, Berlin S. 59, Hasenhalde 92.  
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, 1.  
Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheudeitz.  
Redaktionsschluß: Sonnabend.

## Insertion.

Für die dreispaltige Pettizeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

## Bekanntmachungen.

### Deutscher Senefelder-Bund in Liquidation.

Die Liquidations-Kommission macht wiederholt auf die erfolgten Bekanntmachungen aufmerksam (No. 42 und 43 der »Gr. Pr.«), sowie auf die versandten Zirkulare und ersucht die seitherigen Mitgliedschaftsvorstände, gewissenhaft hiernach zu verfahren.

Alle den Senefelder-Bund in Liquidation betreffenden Fragen sind an Paul Lange zu richten, alle noch ausstehenden Geldbeträge an Wilhelm Brall zu senden. Beide Adressen sind: Berlin N. 28, Anklamerstr. 27 L.

### Verband der Lithogr., Steindr. und verw. Berufe.

Die Karten zur Feststellung der Arbeitslosigkeit für das Reichsstatistische Amt sandten, trotz Mahnung, gar nicht oder auch verspätet und daher unnötig ein die Mitgliedschaften Aschersleben, Buchholz, Duisburg, Essen, Gleiwitz, Görlitz, Greiz, Kaufbeuren, Kiel, Lahr, Lüdenscheid, Magdeburg, München, Neuwed, Neu-Isenburg, Plauen, Saarbrücken, Sprendlingen, Tilsit, Ulm, Wiesbaden, Zeitz, Zwickau.

Unter obengenannten sind auch folgende Städte, welche schon zum vorigen Quartal keine Nachricht einsandten: Buchholz, Neuwed, Neu-Isenburg, Lahr, Plauen, Sprendlingen, Ulm, Wiesbaden und Zwickau.

In dieser Weise darf es keinesfalls weiter gehen.

Der Haupt-Vorstand.

### Zur gefl. Beachtung!

Am 19. d. M. sind an alle Mitgliedschaften Zirkulare gesandt worden. Sollten sie irgendwo nicht angekommen sein, ersuchen wir um diesbezügliche Mitteilung, damit sie erneut abgesandt werden können.

Der Haupt-Vorstand.

### Lohnbewegungen.

In allen Berliner Lichtdruckanstalten wurde die Prämienarbeit abgeschafft.

### Gesperrt.

Für Lithographen und Steindrucker:

Alfeld a. L. Firma C. Behrens, Alfelder Papierwarenfabrik.

### Inhalt:

Bekanntmachungen. — Noch ein Schmerzensschrei. — Ausnahmebestimmungen. — Die Internationale unseres Berufs: III. Die internationale Solidarität. — Die Beschlüsse des Essener Parteitages. — Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1906, III (Schluß). — Feuilleton: Reichsfreiherr vom Stein. — Eingänge. — Adressen. — Anzeigen. — Beilage. Allgemeines: Die Sonntagsruhe bei den Photographen. — Ortberichte: Dresden, Leipzig. — Der Lithograph: Einige Worte etc., II. — Die photomech. Fächer! Erklärang. Neue Ueberläufer für Chemigraphen? — Eingänge.

### Noch ein Schmerzensschrei.

Den betrübten Lohgerbern des »Rechtsschutzvereins« folgen die der »Unterstützungsvereinigung«. Diese läßt in den einzelnen Anstalten ein Flugblatt verbreiten, und zwar teilweise, ihrem Charakter als gelber Gewerkschaft entsprechend, durch Oberlithographen, Oberdrucker und auch durch Prinzipale. Sie wendet sich, wie es sich für die »Gelben« gehört, »an alle Kollegen, die es mit ihrer Gesinnung (als wenn man da überhaupt noch von Gesinnung sprechen könnte!) nicht für vereinbar halten, daß eine Unterstützung irgendwelcher Art von der gewerkschaftlichen Tätigkeit des betreffenden Mitgliedes abhängig gemacht wird.« Mit den »Kollegen«, an die sich die Unterstützungsvereinigung wendet, sind natürlich ihre Kollegen, also unsere »Auchkollegen« gemeint. Denn die organisierte Kollegenschaft weiß schon von den Begründern des Senefelder-Bundes her, daß die Unterstützungseinrichtungen ein vorzügliches Mittel zur Verfolgung des Hauptzwecks der Kampforganisationen, der Hebung der Berufslage, sind, und daß andererseits der Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit wieder ausschlaggebend ist für die Existenzmöglichkeit der Unter-

stützungseinrichtungen. Deren Wert für die Kampforganisationen haben übrigens auch die Unternehmer erkannt. Deshalb begründen sie ja zur Unterstützung ihres Kampfes gegen die Arbeiterinteressen gelbe Gewerkschaften, aus denen auch jeder herausgeworfen werden würde, der es wagen wollte, es in einem Lohnkampf gegen die Unternehmer mit seinen Klassengenossen, den Arbeitern, zu halten. Wie also in den gelben Gewerkschaften nur die sogenannten »nützlichen Elemente« Platz finden, genau so sind die Arbeiterorganisationen eine Stätte nur für die klassenbewußte Arbeiterschaft.

Natürlich macht der Unterstützungsvereinigung ebenso wie dem Rechtsschutzverein die Kassensperrung die größten Leibesbeschwerden. »Alle anderen (nach dem 30. September krank, invalid usw. gemeldeten) Mitglieder sind von jeglicher Unterstützung aus dem von ihren Beiträgen angesammelten Vermögen des Senefelder-Bundes ausgeschlossen. . . . Dieser Beschluß, der allem Rechte Hohn spricht, wurde mit Einstimmigkeit gefaßt, gewiß ein seltenes Schauspiel von Einmütigkeit.« So jammert das Flugblatt. Es wäre doch auch für die Mitglieder der Unterstützungsvereinigung zu angenehm gewesen, wenn ihnen die Schröpfung der Bundeskassen zugunsten der schwachen Kassen ihrer Vereinigung durch Unterlassung der Kassensperrung möglich gemacht worden wäre. Das wurde verhindert, und nun schreien sie natürlich »Diebe und Räuber!« Mag es doch die Vereinigung machen wie unser Verband, der seine Mitglieder und die zu ihm übertretenden bisherigen Nurbundesmitglieder sofort aus eigenen Mitteln weiter unterstützt! Die Sache liegt doch tatsächlich so: Der Ver-

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.

Firma Angerer (für Kupferdrucker).

Neu-Ruppin. Firma Oehmigke & Riemenschneider.

Offenburg i. Baden. Wilhelm Schell jun., Glasplakatkabrik.

Lüdenscheid. W. v. Heese Söhne.

Passau.

Für Chemigraphen:

Berlin. Edm. Gaillard; Graphische Gesellschaft: W. Greve; Thedran & Kraushaar; Mündner; Paul Schahl, Illustrations-Zentrale; Baudouin.

Chemnitz. A. Jülich.

Dresden. Mejo & Markert.

Leipzig. Mejo & Springer.

Stuttgart. Gebr. Röble.

Stellungnahme in gesperrten Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Im Ausland:

Brüssel. Vor Stellungnahme von Lithographen und Steindruckern in der Firma I. L. Goffert in Brüssel wird dringend gewarnt.

Böhmen. Ganz Böhmen ist wegen Tarifbewegung gesperrt.

Lund (Schweden). Zuzug von Lithographen und Steindruckern ist fernzuhalten.

Norwegen. Folgende chemigraph. Anstalten sind gesperrt: W. Scheel & Co. und Br. Brunskow, sämtliche in Christiania.

Bukarest. I. A. Taran und St. Smirnan.

Petersburg. Firma Kibbel.

Prag. Firma A. L. Koppe, Prag-Smichow. Firma Neubert-Lichtdruck.

Teplitz. Firma Jaroslaw Holub, Lith. Anstalt.

Vevey. Die Firma Säuberlin & Pfeiffer.

### Tarifamt für Deutschlands Lichtdrucker.

Geschäftsstelle: LEIPZIG, Deutsches Buchgewerbehaus.

In das Verzeichnis der tariftreuen Lichtdruck-Anstalten Deutschlands sind die Firmen Ernst Wasmuth, A.-G., Berlin und Graphische Gesellschaft, A.-G., Berlin, nachzutragen.

band wird durch die Kassensperrung ebenso getroffen wie die Vereinigung. Wenn er trotzdem völlig damit einverstanden ist, dann doch nur im Interesse aller im Unterstützungsgenusse stehenden Kranken, Invaliden und Witwen, deren Rechte er gegenüber von Kassensplünderern (die sich nach dem Auflösungsbeschuß ohne Kassensperrung sofort bemerkbar gemacht haben würden, was durch das Gezeter des Flugblatts bewiesen wird) gesichert und gewahrt wissen will. Er ist also der Hüter dieser Rechte, die durch die Unterstützungsvereinigung verraten werden. Das wird hauptsächlich auch durch die Bereitwilligkeit bewiesen, nach beendeter Liquidation die Invaliden und Witwen auf seine Kassen zu übernehmen, wozu er eine tatsächliche Verpflichtung nicht hatte. Er hätte sie ebensogut der Unterstützungsvereinigung überlassen können, deren Protektor, der Rechtsschutzverein, die Wahrung ihrer Rechte ja immer vortauschte. Dann wären sie allerdings verlassen gewesen.

Daß die Anträge auf Kassensperrung nicht vorher veröffentlicht wurden und daß der Vereinigung dadurch Gegenmaßnahmen unmöglich gemacht worden sind, ruft ihre besondere Enttäuschung hervor. Was war nun Veranlassung, daß die Anträge als Dringlichkeitsanträge eingebracht wurden? In einer der letzten Sitzungen des Hauptvorstandes, in der auch Vertreter der Kontrollkommission zugegen waren, wurden die Eventualitäten einer neuen Klage und die Möglichkeit einer Kassensperrung durch Gerichts-urteil in den Kreis der Erörterungen gezogen. Dabei wurde an die Verurteilung der Buchdrucker zur Kassensperrung zugunsten der im Unterstützungsgenusse stehenden Invaliden erinnert. Um einer ähnlichen Verurteilung von

vornherein vorzubeugen, wurde beschlossen, Anträge auf Kassensperrung durch Hauptvorstand und Kontrollkommission einzubringen. Das ist in durchaus statutemäßiger Weise in der Form von Dringlichkeitsanträgen geschehen, so daß der Rechtsschutzverein mit der angedrohten neuen Klage wenig Glück haben wird. Sollten die Gerichte trotz des früheren Entscheides für Kassensperrung jetzt doch gegen diese entscheiden, so würde das an der getroffenen Regelung der Organisationsverhältnisse nicht das Geringste ändern. Den Schaden hätten nur die Invaliden und Witwen zu tragen, die sich dafür beim Rechtsschutzverein bedanken könnten. Wenn das Flugblatt noch bezüglich der Nichtveröffentlichung der Kassensperrungsanträge weiter sagt: »Man wußte, daß die Kollegenschaft Protest dagegen erheben hätte und fürchtete sich, einen solchen brutalen Gewaltakt vorher zu veröffentlichen, so kann sich das wieder nur auf die uns völlig gleichgültige »Auchkollegenschaft« beziehen. Unsere Kollegenschaft hat allerorts die getroffene Regelung mit einmütiger Freude begrüßt, weil dadurch die Kassen vor Ausbeutung geschützt worden sind.

Gegen die »Graphische Presse« fährt die Vereinigung natürlich ebenfalls schweres Geschütz auf. Das freut uns, denn wäre sie mit uns zufrieden, dann würden wir annehmen, unsere Pflicht nicht getan zu haben. Wir sollen wichtige Beschlüsse, scheinbar mit Absicht, verschwiegen und dadurch manchen Kollegen irreführt haben. Die Vereinigung ist der Ansicht, »daß die Vergesslichkeit der »Graphischen Presse« eine absichtliche ist, denn in den uns vorliegenden Zeitungen ist der Wortlaut dieser Beschlüsse ein gleicher.« (Was natürlich daran liegt, daß sie von ein und demselben Berichterstatter herrühren!) Was sagen nun diese »Beschlüsse«? Der Erste: »Ueber die Beteiligung der Oberlithographen etc. bei Lohnbewegungen entscheidet der Hauptvorstand,« der zweite: »Für alle diese Mitglieder (Halbmitglieder) ist das Gesamtstatut verbindlich.« Wir ließen uns bei der Berichterstattung von dem Gesichtspunkt leiten, das Wesentliche und Wichtige zusammenzufassen, wobei es uns vollkommen gleichgültig war, was die »Auchkollegenschaft« für wesentlich und wichtig hält. Selbstverständlichkeiten mußten zugunsten der Hauptfragen zurücktreten. Und eine Selbstverständlichkeit für jeden Kollegen nicht nur, sondern für jeden vernünftigen Menschen ist es, daß für jedes Mitglied einer Vereinigung das »Gesamtstatut verbindlich« ist. Oder sollten wir

für Halbmitglieder, die wir durchaus nicht in der gleichen Eigenschaft übernehmen mußten, noch weitere Ausnahmegestimmungen treffen? Sie fallen unter das Statut, aber über ihre Beteiligung an Lohnbewegungen entscheidet der Hauptvorstand.« Das ist eine weitere Selbstverständlichkeit, und wenn Sillier, wie das Flugblatt schreibt, nach dem Bericht des Vorwärts »insbesondere die Uebnahme der Halbmitglieder, die bei Streiks oft eine ausschlaggebende Bedeutung haben«, empfohlen hat, so sei weiter hinzugefügt, daß er unter der Zustimmung der Generalversammlungsmehrheit hervorhob, in den meisten Fällen wäre bei Lohnbewegungen das Belassen der leitenden Personen in den Geschäften ein Gebot der Klugheit und ein Erfordernis der Taktik. Uebrigens betrachten wir es als eine selbstverständliche Pflicht jedes anständigen Arbeiters, auch wenn er nicht organisiert sein sollte, sich bei Lohnbewegungen den Entscheidungen der Streikleitung ohne weiteres unterzuordnen. Tut er das nicht, dann wird er eben zum Verräter an seiner Kollegenschaft. Das trifft für alle Oberlithographen etc. zu, mögen sie nun Voll-, Halb- oder gar keine Mitglieder sein.

Das Elaborat der Unterstützungsvereinigung rührt zum Schluß die Werbetrommel. Dabei verschweigt es vollständig die Karennzeiten, die jeder Eintretende zurücklegen muß. Die Vereinigung will nach 5jähriger Mitgliedschaft 5 Mk., nach 10jähriger 10 Mk., nach 15jähriger 15 Mk. Invalidentunterstützung pro Woche zahlen. Ob es ihr möglich sein wird, steht auf einem anderen Blatt. Der Verband übernimmt bekanntlich jeden Uebertretenden mit allen im Bunde erworbenen Rechten! Die Vereinigung wird also mit ihrem Gimpelfang nicht viel Glück haben. Und wenn sie rekrutiert, schon 570 Mitglieder zu haben, so rekrutiert sich eben diese Zahl zum größten Teil aus dem Rechtsschutzverein. Unter den Mitgliedern sollen 400 im Alter von 18—45 Jahren sein! Wie sie sich auf die verschiedenen Altersstufen verteilen, wird nicht verraten. Es würde sich herausstellen, daß das Kontingent der älteren Mitglieder von 40—45 Jahren bedeutend überwiegt. Doch sei dem, wie ihm wolle: Unsere Kollegenschaft weiß, daß sie mit jenen Soldknechten des Kapitals nichts gemein haben kann, und sie freut sich der nunmehr endlich eingetretenen reinlichen Scheidung.

### Ausnahmegestimmungen.

Nicht nur des Proletariats Stiefvater Staat hat diese häßliche Erscheinung in seinem Statut, welches

wir Gesetz nennen, sondern auch wir modernen Gewerkschaftler haben diesen Schandfleck aller Gesetzgebung an unserm eigenen Gewerkschaftsorganismus.

**Ausnahmegestimmungen und Einheitsorganisation!** Wer dieses in Einklang zu bringen versuchen will, ohne demokratische Prinzipien zu verletzen, kann nur ein Seiltänzer auf dem Boden feststehender Prinzipien sein.

Armer Alois! Mußt du deine Ruhestätte in der Weise pietätlos behandeln, daß man dem Individualismus derartige Konzessionen und dem Kapital eine Vergebung sondergleichen machte? — Nennst man dies Einheitsorganisation, indem man den Schleppenträgern des Geldsacks eine Liebenswürdigkeit erwies, die unserer Auffassung Hohn spricht? Haben nicht aus unseren eigenen Reihen hervorgegangene Leute, denen die Interessen der Unternehmer höher stehen als die unsrigen, das Recht auf Verrat als Privileg erhalten? Oder hat man dafür sorgen wollen, daß unsere armen Faktoren und »Ober« nicht zu sehr geschroöpft werden? Fast scheint es, als wenn diese finanziell derart defekt wären, daß für sie der Betrag der »Nurarbeit« zu hoch ist, weshalb sie in rechter Erkenntnis ihrer Lage durch unsere Führer den Erlaß von 35 Pf. wöchentlich gewährt erhalten.

Ein anderer Grund! Wenn sie diesen Obolus nicht für die Gewerkschaft, die Bewegung opfern sollten, dann ließe sich schließlich über seine Entrichtung reden. Aber Liebkind zu dem Unternehmer und finanziell die Interessen der Allgemeinheit fördern helfen, geht halt schlecht. Und trotzdem, haben denn nicht die Herren »Ober« auch hier wiederum den Riesenanteil an der Bewegung, indem ihr Einkommen logischerweise steigen muß, wenn die Lage der Gesamtkollegenschaft sich hebt?

Sind wir, die Kämpfer für Erringung wirtschaftlicher Vorteile, für jene denn nur dazu da, damit sie unsere Ideale belächeln und bespötteln und schließlich noch einen Pakt schließen auf gegenseitige Unterstützung bei Krankheit etc.? Ich meine, Kollegen, die nicht einmal erkennen wollen, daß Krankheit, vorzeitiges Siechtum und früher Tod engverbunden sind mit den wirtschaftlichen industriellen Fragen unserer Zeit, ja das dieses eine logische Folge von jenem ist, haben auch kein Anrecht darauf, Hilfe von den ständig im Kulturkampf stehenden Pionieren zu verlangen, wenn sie an den Folgen, die sie nicht verringern helfen wollen, Schaden nehmen.

Wollte man die »Ober« mit haben? Oder will man die gelben und christlichen Gewerkschaften nebst dem Rechtsschutzverband als Popanz vorführen und die Ausnahmegestimmungen ein diplomatisches Stückchen nennen? — Eine naive Ansicht! Die 85 Pfennig Mitglieder stehen unter allen Paragraphen des Statuts, auch bei Bewegungen. Lediglich von den Gründen und den Beschlüssen des Hauptvorstandes ist es abhängig, ob Taktik und Diplomatie nicht das Verbleiben der leitenden Kräfte im Geschäft bei eintretender Bewegung für besser erachten. Aber auch diese Kräfte können verpflichtet werden, sich der Bewegung anzuschließen. Dann müssen sie mit unterstützt werden, das verlangt die elementarste Pflicht, trotzdem sie nicht einen Pfennig für die Bewegung geopfert haben. Und hier liegt der Schwerpunkt, den man allerdings an die äußerste Peripherie setzte und dafür leere, vermeintlich »diplomatische« Gründe in den

### Reichsfreiherr vom Stein.

In der bürgerlichen Welt rüstet man sich schon seit Wochen zur Feier des 150. Geburtstages eines Mannes, von dem man behauptet, daß er in Zeiten der »tiefsten Erniedrigung« Deutschland dieses vor seinem sicheren Untergang gerettet habe.

Wir Arbeiter sind sicher die letzten, die irgend einer hervorragenden Gestalt irgend einer Zeit mit huldigten, weil es die bürgerlich denkende Gesellschaft für nötig erachtet, Lorbeerkränze zu flechten. Einzelne Führer der Gesellschaft — und nicht nur Gelehrte und Künstler — sind es aber trotzdem wert, daß auch wir ihrer gedenken, weil sie tatsächlich für die Allgemeinheit geschaffen haben. Allerdings denken wir an sie nicht nur in grundverschiedener Form, sondern auch in ebenso verschiedener Art.

Reichsfreiherr vom Stein ist nicht der einzige hervorragende Mann unter den Staatsmännern der Zeit um 1800. Neben ihm steht noch mancher, der die vorwärtstreibenden Kräfte erkannt hat. Aber er ragt über sie hinaus durch seine Tatkraft und seinen unerschütterlichen Glauben an seine Ideale.

Schon jetzt kann man an den ersten Tönen in der bürgerlichen Presse ungefähr erkennen, wie die Melodie klingen wird: Stein ist Preußens alleiniger, alles umfassender Reformator!

Er hat das Handwerk frei gemacht, singen die einen; er hat ihm die nötigen Fesseln angelegt, pfeifen die anderen. Er hat eine umfassende Gewerbeordnung geschaffen. Er hat uns Freihandel gegeben, sagt man auf der einen Seite, er schuf den Schutzzoll, behauptet man auf der anderen.

So wird man sich auch um das Anrecht an diesen Mann hin- und herstreiten und alle wollen ihn für ihre wirtschaftlichen Ideale in Anspruch nehmen — als sehr wirksames Reklamemittel!

Wir Arbeiter machen da selbstverständlich nicht mit. Wir wissen, daß die Geschichte nicht nur durch die Menschen gemacht wird, die Geschichte schafft sich auch immer ihre Menschen. Und darum erkennen wir, daß die Stein und Hardenberg und Scharnhorst und wie sie alle heißen, tatsächlich die Reformen des in der Entwicklung zurückgebliebenen Preußen geleitet haben, aber gemacht haben sie sie nicht.

Um verstehen zu können, wie gerade Stein so wichtige Reformen überhaupt für notwendig erachten konnte, muß man seine staatsmännliche Laufbahn von Anfang an beobachten.

Begonnen hat er sie in dem Teil Preußens, der wenige Zeit später von Napoleon ebenso als Schutzwall gegen borussische Einflüsse in Frankreich benutzt wurde, wie er Preußen als Schutzwall gegen russisch-feudale Einflüsse nach 1807 benützte und deswegen weiter existieren ließ.

Schon Steins erste Tätigkeit in Westfalen usw. zeigt ganz deutlich, welche Wege er auch weiterhin gehen wollte. Mit offenem Auge hatte er die Reformen unter Karl I, Joseph II, und unter der Herrschaft der Revolution beobachtet. In England, Oesterreich und Frankreich wurde der Zunftzwang abgeschafft, die lokalen Zölle und Akzisen beschränkt, wenn nicht ganz aufgehoben, die Gutsuntertänigkeit beseitigt, die Freizügigkeit gepredigt. Die Menschen hatten fühlen gelernt, daß die mittelalterlichen, wirtschaftlichen Einrichtungen verschwunden waren. Die auf den alten Einrichtungen aufgebauten Rechts- und Sittennormen waren widersinnig und zu Fesseln der neuen Zeit geworden. Sie mußten weg im Guten oder im Bösen!

Es ist hier selbstverständlich nicht der Platz und der Raum, eine Schilderung jener gewaltigen Zeit auch nur skizzenhaft zu geben. Aber schon wenn man sieht, welche tiefgehenden Umwälzungen in jener Zeit in Preußen vor sich gingen, kann man einen Begriff davon bekommen, wie gewaltig damals die von Westen und Süden und Norden kommende Freiheitswelle, von einem Napoleon geleitet, gewesen ist. —

1804 wurde Stein als Leiter des Finanz-, Zoll- und Fabrikenwesens als Minister ins Kabinett berufen; die hohenzollerntreue Fama erzählt, der König hätte den überragenden Geist Stein's erkannt. Historische Quellenforschung

Mittelpunkt rückte. Um den Wirrwarr zu vervollständigen, wurde nicht allen Faktoren, »Ober« etc. die Vergünstigung ermäßigter Beiträge gewährt, sondern nur den unter die Bestimmungen der Berliner Generalversammlung 1905 fallenden. Sind uns die anderen sicher? Und rechtlich genommen: Ist nicht eine Klage der Halbmittglieder bei Streiks sehr leicht möglich, wenn diese sich der Bewegung nicht anschließen und schließlich gerichtlich beschneidet erhalten, daß sie eben nur unter denjenigen Paragraphen des Statuts stehen, welche ihre Mitgliedschaft betreffen? — Etwas ganz anderes ist jedoch die Mitgliedschaft der gewordenen Unternehmer und Beamten.

Also: Unsere »Ober« bezahlen keine Gewerkschaftsbeiträge. Sie sind jedoch nach unserem Statut verpflichtet, evtl. mitzukämpfen und müssen dann unterstützt werden, von dem Fonds, für welchen sie keine Opfer brachten. Wir schenken jedem Halbmittglied wöchentlich 35 Pf. Der Popanz der gegnerischen Vereinigungen ist ebenso unhaltbar, weil auch trotz des Erlasses dieselben Gründe noch vorhanden sind!

Aber, es ist nun Beschluß und läßt sich vorläufig nicht ändern. — Wie kann aber auch eine derart wichtige, einschneidende Frage mitsamt vielen anderen in 2 Tagen gründlich erörtert werden? Man sieht, unsere Vertreter tagten in keinem scharfen Luftzuge, es war eben gemütlich im »Capua der Geister«!

#### Anmerkung der Redaktion.

Da wir die Gründe, die zur Aufrechterhaltung der in Berlin 1905 beschlossenen Ausnahmebestimmungen führten, bereits mehrfach behandelten, können wir uns wohl ein weiteres Eingehen auf die Ansichten des Kollegen . . . sparen, für die er sogar in seiner Mitgliedschaft keine Mehrheit gefunden hat. Die Münchener Generalversammlung hat ihre diesbezüglichen Beschlüsse nach reiflicher Aussprache in klarer Erkenntnis der Sachlage gefaßt. Die Delegierten haben ihre Pflicht im vollsten Maße getan. Die persönlichen Ausfälle des Kollegen . . . können ihnen daher völlig gleichgültig sein.

### Die Internationale unseres Berufs.

III.

#### Die internationale Solidarität.

Der Hauptzweck unserer internationalen Verbindung besteht natürlich in der tatkräftigen, gegenseitigen Unterstützung bei wirtschaftlichen Kämpfen, und zwar in moralischer und finanzieller Beziehung. Diesen Zweck hat unsere Internationale zweifellos von einem Jahr zum anderen besser zu erfüllen vermocht. Besonders ist die moralische Unterstützung stetig intensiver geworden. Das beweisen die großen Kämpfe, die in der letzten Zeit speziell Deutschland, Frankreich und Amerika auszufechten hatten. Während bei früheren Lohnbewegungen die im Kampfe begriffenen Unternehmer sich einfach an das Ausland wandten, und zwar mit Erfolg, um Arbeitswillige heranzuziehen, ist ihnen jetzt diese Art der Werbung »nützlicher Elemente« fast ganz unmöglich gemacht. Der Streikbrecherimpert vom Auslande ist heute so gut wie vollständig unterbunden.

Das danken wir dem Wirken unserer Internationale, die einmal zur Förderung der einzelnen

Landesorganisationen direkt oder indirekt wesentlich mit beigetragen hat, so daß die Zahl der des Streikbruchs fähigen Berufsangehörigen beträchtlich zusammengeschmolzen ist, und die zum anderen die verschiedenen Verbände einander näher brachte und dadurch auch die Mitglieder zur Erkenntnis führte, mit den Kollegen des Auslandes durch gleiche Interessen, gleiche Freuden und Leiden engverbunden und daher auf einander angewiesen zu sein.

Die finanzielle Hilfe der allgemeinen Internationalen gegenüber einzelnen im Kampfe stehenden Landesverbänden hätte allerdings in vielen Fällen ausgedehnter sein können. Nun liegt aber die Sache so, daß dem Sekretariat große Fonds nicht zur Verfügung stehen, sodaß z. B. bei den vorjährigen großen Bewegungen an die Opferwilligkeit der einzelnen Landesorganisationen und ihrer Mitglieder appelliert werden mußte. Dadurch gingen 422,63 £, also etwa 8450 Mk. ein. Das wäre angesichts der hohen Kosten, die diese Bewegungen mit sich brachten, ein lächerlich geringer Betrag. Aber verschiedene, mit den kämpfenden Verbänden in engerer Fühlung stehende Organisationen haben außerdem ganz beträchtliche Summen aufgebracht, worüber der Bericht folgendes sagt: »Viele Vereine erhoben von ihren Mitgliedern einen bestimmten Beitrag und wurde der Ertrag desselben direkt an die berührten Ortschaften gesandt; wir haben daher von solchen Beiträgen keine Details.«

Diese Beiträge in Kampfällen wurden durch den Kopenhagener Kongreß zwecks intensiverer Unterstützung kämpfender Landesverbände obligatorisch gemacht. Es sollen je nach den Umständen 2—20 Pf. Streiksteuer durch das Sekretariat ausgeschrieben werden dürfen, wobei es den Verbänden vollständig überlassen bleibt, ob sie diese Beträge direkt von ihren Mitgliedern einziehen oder aus ihrer Kasse zahlen wollen. Damit aber jede Organisation es sich angelegen sein läßt, vor allen Dingen einen eigenen Kampffonds zu schaffen, soll die Ausschreibung nur für solche Verbände erfolgen, die bereits 3 Wochen aus eigenen Mitteln in einem Kampfe stehen.

Damit das Sekretariat bei großen Kämpfen auch schneller als bisher unterstützend eingreifen kann, wurden verschiedene bürokratische Regeln des Statuts beseitigt. Während das Exekutivkomitee früher nur Streikunterstützung an kämpfende Organisationen zahlen durfte, wenn alle seine Mitglieder dafür waren, genügt jetzt ein einfacher Mehrheitsbeschluß. Außerdem wurde die Höchstsumme dieser Unterstützung für alle über 1000 Mitglieder zählenden Verbände von 1000 auf 4000 Mark erhöht. In derselben Höhe soll das Exekutivkomitee auch den in Streiks begriffenen Verbänden schnelle Darlehen gewähren können, und zwar nicht, wie Amerika sonderbarerweise beantragt hatte, mit Wucherszinsen von 5%, sondern zinsfrei.

Durch diese Beschlüsse hat der Kopenhagener Kongreß unsere Internationale wieder ein Stück weiter in der Erfüllung ihres Hauptzweckes gebracht. Er machte sie schlagfertiger und zur tatkräftigen Unterstützung von Bewegungen in den verschiedenen Ländern fähiger. Und die intensivere materielle Unterstützung wird dann wieder eine Erhöhung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Kollegen-schaft aller Nationen und damit eine Verstärkung auch der moralischen Unterstützung auslösen.

### Die Beschlüsse des Essener Parteitages.

Es ist uns leider wegen Raummangel nicht möglich, die Arbeiten des diesjährigen Parteitages der deutschen Sozialdemokratie eingehend zu würdigen. Wir müssen uns darauf beschränken, die Beschlüsse unserer Kollegen bekannt zu geben, um ihnen wenigstens einen Ueberblick über die Arbeiten des Parteitages zu verschaffen, der unter dem Zeichen der letzten Reichstagswahlen und des internationalen Arbeiterkongresses stand.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand das Referat Bebel's über die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage. Eine Wirkung des diesjährigen Wahlausfalls ist die Schaffung eines sozialdemokratischen *Freibureaus*, der der Parteitag zustimmte. Dasselbe soll der Parteipresse wichtige Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur übermitteln und ihr gesetzgeberisches und statistisches Material beschaffen, sowie die »Partei-korrespondenz« herausgeben. Der Nachrichtendienst erfolgt telephonisch, telegraphisch und brieflich. Ausgeschlossen von der Tätigkeit dieses Bureaus ist die Lieferung politischer Leitartikel sowie die Behandlung parteitheoretischer oder -taktischer Fragen. Die Einrichtungskosten trägt die Parteilasse. Die laufenden Unterhaltungskosten werden von der gesamten Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit aufgebracht. Hoffen wir, daß die neue Einrichtung in ihrer Aufgabe, die Arbeiterpresse durch einen raschen Nachrichtendienst konkurrenzfähiger zu gestalten, sich bewährt.

Ein anderer, sehr wichtiger Punkt war die *Alkoholfrage*, über die Emanuel Wurm in wirkungsvoller Weise referierte. Sein Vortrag wird als Agitations-schrift herausgegeben werden. Die von ihm vorgeschlagene und vom Parteitag angenommene Resolution lautet wie folgt:

»Die Gefahren des Alkoholgenusses sind mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise für die arbeitende Bevölkerung gewachsen.

Dieselben Bedingungen, die auf deren allgemeine Verelendung hinwirken, haben auch den Anreiz zum übermäßigen Alkoholgenuß und damit dessen Schädlichkeit gesteigert: die Ueberanstrengung, die ungenügenden Löhne und die ungesunden Wohn- und Arbeitsstätten.

Durch wirtschaftliche und soziale Mißstände und die aus ihnen hervorgegangenen Trinksitten wird den Arbeitern ein zu häufiger Genuß von Alkohol aufgezungen und angewöhnt.

Diese Gewöhnung hat aber zur Folge, daß auch, wenn diese primäre, wirtschaftliche Veranlassung zum übermäßigen Alkoholgenuß geschwunden ist, ihm oft nicht mehr entsagt werden kann.

Die bürgerlichen Alkoholgegner stellen in der Regel den Alkoholismus als die vom Volke selbst verschuldete Ursache seiner Not hin und lenken damit — zum Teil nicht ohne Absicht — die Aufmerksamkeit von dessen ursprünglichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ab, während sie andererseits durch Zwangs- und Strafgesetze den angeblich bösen Willen des Trinkers brechen wollen, so daß er doppelt büßen muß, was die herrschenden Zustände verschulden.

Der Kapitalismus und der Staat als sein Interessenvertreter haben an der Beseitigung des Alkoholismus nur insoweit Interesse, als sie durch die Lasten für

hat aber ergeben, daß Friedrich Wilhelm III. ihn nur mit Widerwillen berufen hat. Der im Gottesgnadendünkel lebende Monarch fürchtete die bekannte Steinsche Energie auf allen Gebieten der wirtschaftlichen Reform.

Die Zeit war reif. Wie in Frankreich der Neuerungsgeist durch den Bankrott und das schmachvolle *ancien régime* gezeitigt wurde, wie in England die Lasten, welche der große Krieg hinterlassen hatte, die Reformpartei ins Leben riefen, so war es in Preußen die grenzenlose Finanznot, welche der Reform die Wege bahnte. Wenn auch Preußen dem Uebel innerer Zwietracht entging, so mußte es doch schließlich unter diesem Drucke eine Reform über sich ergehen lassen, welche der in anderen Ländern durch innere Kämpfe verursachten Revolution ähnlich war.

So entstanden bald nacheinander die Edikte über die Aufhebung aller Land-, Binnen und Provinzialzölle. Aufhebung des Zunftzwanges und der Erbuntertänigkeit. Eine einheitliche Gewerbeordnung wurde trotzdem noch nicht geschaffen.

Mit dem letzteren Edikt wurde alle Erbuntertänigkeit und jede Beschränkung von Grund und Boden aufgehoben. Die Erwerbung von Grundeigentum wurde unabhängig von dem persönlichen Stand allen Einwohnern gestattet. Die Grundstücke konnten geteilt und zusammengelegt werden, Loslassungsgelder, Gesindezwang,

Schutzgelder und andere materielle Beschränkungen des Bauernstandes wurden abgeschafft. Edelleuten, Bürgern und Bauern wurde der Uebertritt in das städtische Gewerbe oder die Landwirtschaft gestattet. So wurde die mittelalterliche, kastenartige Ständeteilung von Grund aus erschüttert.

Weiterhin sollte eine freiere, der städtischen Selbstverwaltung ähnliche Landgemeindeordnung geschaffen werden. Auch die Beseitigung der Patrimonialgerichtsbarkeit und der gutsherrlichen Polizei wurde ernstlich erwogen.

1808 wurde die Stein'sche Städteordnung bekannt. Den Städten wurde darin die selbstständige Verwaltung ihres Haushaltes, ihres Armen- und Schulwesens, in der Regel auch der Polizei zugebilligt. Der Staat behielt natürlich die Oberaufsicht.

Unter großem Protest der Junker trat Stein für eine allgemeine Einkommensteuer ein. Im Königreich Westfalen war sie mit dem erwünschtesten metallischen Erfolg unter Ierome Napoleon durchgeführt worden, nach französischem Muster, und brachte bei 3 Millionen Einwohnern 29 Millionen Francs. Stein meinte, Preußen mit seinen 4½ Millionen Einwohnern könnte gut 25 Millionen aufbringen. Dabei wollte er noch alle Einkommen unter 600 Taler jährlich steuerfrei lassen! 42 Millionen hat die Steuer dann eingebracht! Stein hatte nicht einen solchen großen »Patriotismus« der Junker

erwartet. Er hat ihn manchenmal fühlen müssen! Das Edikt über die Aufhebung der Erbuntertänigkeit machten sie den Bauern einfach nicht bekannt. Und als die Bauern in Schlesien revoltierten, verlangten die Junker auch noch militärischen Schutz von der Regierung!

Und diesen Mann, der mit offenen Augen seine Zeit ansah, jagte Friedrich Wilhelm III. nach dem Frieden von Tilsit fort!! Ein Napoleon mußte Friedrich Wilhelm III. erst wieder einige Jahre später zur Annahme Steins als Minister bewegen.

Damals ist Preußen durch einige wenige kluge Männer, in erster Linie durch Stein und Hardenberg, mühselig mit den weltgeschichtlichen Entwicklungstatsachen wieder in Einklang gebracht worden. Seitdem sind wieder über 100 Jahre verflossen!! Das Proletariat hat keinen Grund, mit in den Jubelgesang zu Ehren der »Befreier« vom napoleonischen »Joch« einzustimmen.

Für uns sind immer die größten in der Geschichte diejenigen, die Wege für die Entwicklung nach vorwärts anbahnen. Die Gesetze jener Zeit haben nur mühselig an die tatsächlichen Verhältnisse angepaßt werden können — wegen der feudalen Hochburgen. — Kein Raum nach vorwärts ist geblieben. Denken wir Arbeiter bei den kommenden preußischen Landtagswahlen auch mit daran!!

K. H.

seine Opfer und deren verminderte Arbeitsfähigkeit Nachteile erleiden.

Der Parteitag erklärt: Die Schäden des Alkoholismus können weder durch Zwangs- und Strafgesetze noch durch Steuergesetze eingedämmt oder gar beseitigt werden. Trunksuchtsgesetze zur Bestrafung der Trunkenen sind nichts als Ausnahme-gesetze gegen die ärmere Bevölkerung, da sich die reichere ihnen leicht entziehen kann. Der Trunk-süchtige ist nicht dem Strafrichter zu überantworten, sondern wie jeder andere Kranke in ärztliche Behandlung zu nehmen; aus öffentlichen Mitteln sind Heilstätten für Trunksüchtige unter ärztlicher Leitung zu errichten und zu erhalten.

Die Beschränkung der Gastwirtschaften wie des Spirituosenverkaufs würde den Alkoholmißbrauch nur aus der Öffentlichkeit des Wirtshauses in die Heimlichkeit der Wohnung treiben.

Die Besteuerung der leichten alkoholischen Getränke (Bier, Wein, Obstwein) steigert infolge deren Verteuerung nur den Verbrauch von Branntwein. Je höher aber die Steuer auf Branntwein ist, um so mehr plündert sie gerade die ärmsten Schichten aus, da sie seinen Verbrauch nur ganz unwesentlich einschränkt. (Schluß folgt.)

## Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1906.

(Schluß.)

Der Grund ist auch nicht in der Zahl der Beamten und der Ausgabe für Agitation zu suchen, sondern darin, daß der Arbeiterschaft immer mehr bewußt wird, daß die Zentralverbände wirklich ernsthafte Gewerkschaftspolitik treiben, die nicht nach den Wünschen bürgerlicher Parteien und nicht mit Rücksicht auf das Unternehmertum eingerichtet, sondern einzig und allein von dem Wohle der Arbeiterklasse abhängig gemacht wird. Dann aber üben die Zentralverbände auch eine größere Anziehungskraft aus, weil ihre Unterstützungseinrichtungen weit besser sind, als bei den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und die Ausgaben, welche diese pro Kopf ihrer Mitglieder für Unterstützungen haben, weit hinter denen der Zentralverbände zurückbleiben.

Es verausgabten für Rechtsschutz und Unterstützungen mit Ausnahme der Krankenunterstützung und der Beihilfe in Sterbefällen pro Kopf der Mitglieder 1905 die Zentralverbände 2,79 Mk., die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 2,36 Mk., die christlichen Gewerkschaften 0,92 Mk.; 1906 die Zentralverbände 2,88 Mk., die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1,88 Mk. und die christlichen Gewerkschaften nur 0,44 Mk. Für Streiks und Aussperrungen zahlten pro Kopf der Mitglieder 1905 die Zentralverbände 7,55 Mk., die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 2,45 Mk. und die christlichen Gewerkschaften 5,32 Mk.; 1906 die Zentralverbände 8,61 Mk., die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 3,73 Mk. und die christlichen Gewerkschaften 3,45 Mk. Nicht nur in bezug auf die allgemeinen Unterstützungen, sondern selbst bei der Ausgabe für Streiks bleiben die christlichen Gewerkschaften noch hinter den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen zurück; um den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuschwächen, sind die christ-

lichen Gewerkschaften gegründet worden und nun kommen sie in bezug auf Unterstützungen über jammervolle Leistungen nicht hinaus. Denn ebenso, wie mit den Unterstützungen im allgemeinen und dem Rechtsschutz steht es mit der wichtigsten Unterstützung, der für Arbeitslose. Es zahlten 1905 Arbeitslosenunterstützung 41 Verbände mit 866000 Mitgliedern 1991624 Mk., 16 Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine mit 115717 Mitgliedern 193746 Mk. und 12 christliche Gewerkschaften mit 120615 Mitgliedern einschließlich Reiseunterstützung 13571 Mk.; 1906 43 Zentralverbände mit 1138738 Mitgliedern 2653296 Mk., 16 Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine mit 116239 Mitgliedern 136044 Mk. und 11 christliche Gewerkschaften mit 135333 Mitgliedern einschließlich Reiseunterstützung 34464 Mk. Das machte pro Kopf der Mitglieder dieser Organisationen 1905 bei den Zentralverbänden 2,30 Mk., bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen 1,67 Mk., bei den christlichen Gewerkschaften einschließlich der Reiseunterstützung 0,11 Mk., 1906 bei den Zentralverbänden 2,33 Mk., den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen 1,17 Mk. und den christlichen Gewerkschaften einschließlich der Reiseunterstützung 0,25 Mk.

Weil die christlichen Gewerkschaften und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine die Zentralverbände wegen ihres Kampfcharakters schmähen und selbst genötigt sind, Kämpfe führen zu müssen, und weil sie in bezug auf die Unterstützungseinrichtungen weit hinter den Zentralverbänden zurückbleiben, des wegen finden sie bei vernünftig denkenden Arbeitern keinen Anklang. Die Zentralverbände haben ihr Unterstützungswesen zwar auch erst in dem letzten Jahrzehnt ausgebaut, aber nicht weil sie solches nicht wollten, kamen sie so spät dazu, sondern weil sie der ständigen Gefahr ausgesetzt waren, die von ihnen getroffenen Einrichtungen durch polizeiliche Eingriffe wieder vernichtet zu sehen. Unter dem Sozialistengesetz wäre es töricht gewesen, die für die Unterstützungseinrichtungen nötigen Fonds anzusammeln, denn jeden Tag konnte die Auflösung eines Verbandes und die Beschlagnahme der Kasse erfolgen. Auch in den ersten Jahren nach Aufhebung dieses Gesetzes war man keinesfalls vor einem solchen Eingriff sicher. Dann führten die Gewerkschaften jahrelang den Kampf gegen die Behörden, die versuchten, die Gewerkschaften, welche Unterstützungen zahlten, als Versicherungsanstalten nicht nur unter Polizeiaufsicht zu stellen, sondern ihnen dann auch die Höhe der Beiträge vorzuschreiben, die nach versicherungstechnischen Berechnungen für die Unterstützungen notwendig sein sollten und die schließlich auch die Existenz der Organisation von der Genehmigung der Ministerien der Einzelstaaten abhängig machen. Erst mit der Aufhebung des Verbindungsverbot für politische Vereine und dem Gesetz über die Privatversicherung erhielten die Gewerkschaften einigermaßen Sicherheit und konnten an den inneren Ausbau arbeiten und die Unterstützungseinrichtungen vervollkommen. Das Verbindungsverbot fiel, weil die sozialdemokratische Fraktion eine Bestimmung über seine Aufhebung in das Einführungsgesetz zum bürgerlichen Gesetzbuch hineinzubringen wußte, die dann im Plenum des Reichstages gestrichen wurde, nachdem der Reichskanzler das Versprechen gegeben hatte, daß das Verbot bis zum Jahre 1900 durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten aufgehoben werden würde. Als dies nicht geschah, erfolgte die Aufhebung durch Reichsgesetz. In das Gesetz über die Privat-

versicherungen wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion die Bestimmung hineingebracht, daß Vereine, die ihren Mitgliedern keinen Rechtsanspruch auf die Unterstützung gewähren, nicht unter das Gesetz fallen. Diese beiden für die Gewerkschaften so überaus wichtigen Bestimmungen danken die Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei und da sollten sie in dieser Partei nicht ihre politische Vertretung sehen? Töricht ist es von den Arbeitern, die sich anderen Organisationen anschließen, weil die gewerkschaftlichen Zentralverbände ihnen als sozialdemokratische Organisationen geschildert werden, denn gerade der Sozialdemokratie danken die Gewerkschaften wichtige Gesetzesbestimmungen, die ihnen den Weg für die Entwicklung freigemacht haben, den sie in den letzten Jahren genommen. Der Zuwachs, den die Zentralverbände auch für 1906 wieder aufzuweisen haben und der um 24000 Mitglieder größer ist, als die gesamte Mitgliederzahl aller christlichen Gewerkschaften und dreimal größer ist als die Mitgliederzahl der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, läßt erkennen, daß die Arbeitermassen der Belehrung nicht unzugänglich sind und daß die Arbeiter immer mehr einsehen, daß man sie nur von der richtigen Vertretung ihrer Interessen abzuhalten sucht, wenn man die Gewerkschaften als sozialdemokratische Organisationen verschreit. Dieses Vertrauen auf die Arbeiterschaft und auf die Zukunft der Gewerkschaften wird hoffentlich der Bericht für 1907 aufs neue stärken und kräftigen. C. Legien.

## Eingänge.

**Protokoll des dritten ordentlichen Verbandstages** der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Abgehalten vom 5.—9. August 1907 in der Bockschänke zu Gera. Selbstverlag des Verbandes.

**Ein offenes Wort zur Abstinenzbewegung.** Vortrag von Eugen von der Heyden in Köln. Gehalten auf dem Verbandstage der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands in Gera vom 5.—9. August 1907. Preis 25 Pf. Druck und Verlag: Buchdruckerei Gustav Witzel, Berlin No. 54.

**Tätigkeitsbericht** des Senefelder-Vereins für Böhmen in Reichenberg. 31. Jahrgang 1906—1907. Reichenberg 1907. Im Selbstverlage des Vereins.

Das Heftchen gibt eine Übersicht über das letzte Jahr des Bestehens des böhmischen Senefelder-Vereins, der sich nunmehr dem österreichischen Senefelder-Bunde, der zentralen Reichsorganisation, angeschlossen hat, und zwar mit einem Mitgliederbestande von 423. Wir begrüßen diesen Anschluß im Interesse der Zentralisation, die zur Stärkung der Macht der österreichischen Kollegenschaft dringend notwendig war.

## Adressen-Aenderungen.

**Frankfurt a. M.** Arbeitsnachweis bis auf weiteres *Gg. Dietrich*, Wiesenstr. 76, II.

# Positiv-Retuscheure,

welche nachweisbar feinste Maschinen-Retusche ausführen können, zu möglichst baldigem Antritt in angenehme dauernde Stellung gesucht.

**Böhme & Co., G. m. b. H., Magdeburg.**

[9,—]

## Gesucht!

zum baldigen Antritt nach Berlin. Nur schriftliche Offerten erwünscht.  
**Berliner Lokal-Anzeiger.**

## Tüchtg. Steindrucker

nicht unter 25 Jahren, der im Farbe-Mischen und Abstimmen nachweisbar längere Praxis hat, fleißig und willig ist, für eine Farbenfabrik in dauernde Stellung **gesucht.** Offerten mit **Zeugnis-Ab-schriften** unter **L. 45.** an d. Exped. d. Bl. [2,40]

## Tüchtiger

**Strich- und Autotypie-Aetzer** sucht sich zu verändern. Offerten befördert die Expedition dieses Blattes unter **X. 200.** [0,90]

## Tüchtiger

## Lichtdruck-Photograph

in **Halbton u. Strich** durchaus bewandert, sucht baldigst dauernde Stellung. Werte Offerten unter **O. Fr.** an die Exped. d. Blattes erbeten. [1,20]

**Auto-Aetzer Ia.** (auch Masch.) sucht sofort Stellung. Offerten unter **E. 720,** postlagernd Leipzig, Augustusplatz. [0,45]

**Photochrom** - Neueinrichtung übernimmt Fachmann. Mäßiges Honorar. [0,45] Offerten unter **Photochrom** a. d. Exp. d. Bl.

**Gesucht** allerorts Herr., welche Vertr. hocheleg. Neuheit nebenbei übernehmen, Hoher Verdienst. Erstkl. Weihnachtsart. Ausk. kostenlos. **Herm. Wolf, Zwickau i. Sa.,** Nordstrasse 30.

Ersuche hiermit den Steindrucker

## Georg Fritz,

(zuletzt in Altwasser, jetzt vermutlich in Elberfeld) seinen Verpflichtungen mit gegenüber nachzukommen. Um seine Adresse bittet der Kollege [0,90] **Carl Donath,** Steindrucker, Leitelsheim.

## Alois Senefelder

und die **Erfindung d. Lithographie**

**Festschrift von Fritz Hansen.** Verlag von **Conrad Müller, Schkeuditz.** Preis **50 Pf.** portofrei. Bei **10 Stück** ein Frei-Exemplar.

## Der praktische Umdrucker

von Bernhard Enders, Verlag von Conrad Müller, Schkeuditz. Preis 80 Pf. inkl. Porto.

## Nachruf!

Am 15. Oktober d. J. verschied nach langem schweren Leiden unser lieber Kollege, der **Steindr. Friedrich Wolf** im Alter von 28 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Verb. d. Lithogr., Steindr. u. verw. Berufe. **D. S.-B., Zahlstelle Cassel.**